



**DER EXTINCTION
REBELLION LEITFADEN
FÜR BÜRGER*INNEN-
VERSAMMLUNGEN**

**extinction
rebellion**

*“Ich habe das Gefühl,
dass es eine aufrichtige
Bereitschaft von
Mitgliedern der
Gemeinschaft gibt, [...]
sich mit Zeit, Energie
und Ideen für die
Mitgestaltung einer
besseren Zukunft zu
engagieren.”*

Mitglied der Zweiten Bürgerjury für
nukleare Abfälle, Australien¹



Grundlage dieses Leitfadens ist der **Guide to Citizens Assemblies** (Version 1.1, 25. Juni 2019) der Arbeitsgruppe Bürger*innenversammlungen von XR UK. Dieser wurde von der XR DE Translation AG im September 2019 übersetzt und danach von der XR DE Bürger*innenversammlungen AG ausgearbeitet.

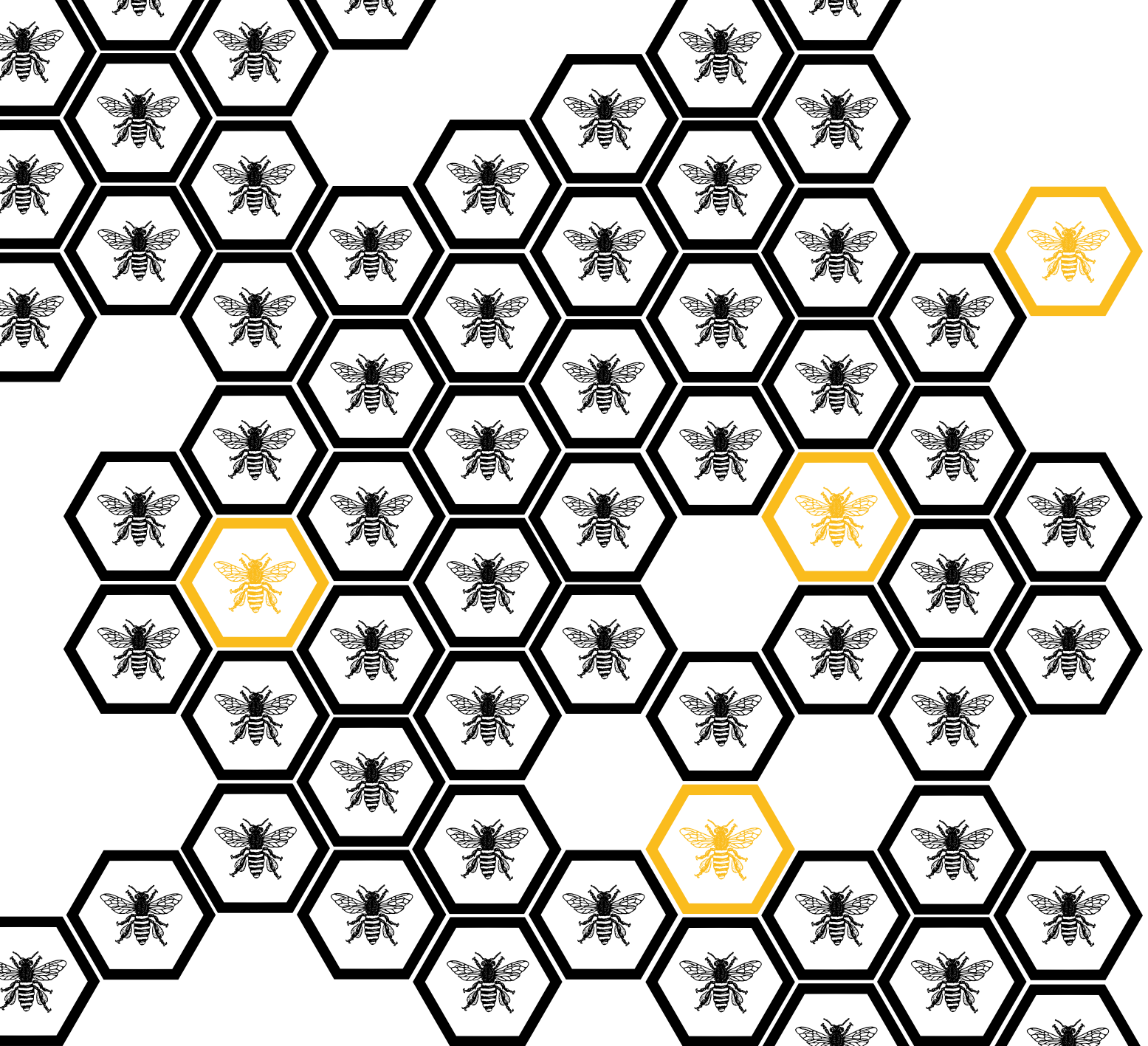
¹ Zitat aus: “Citizens’ Jury Two – Thoughts from the Jury on Day 4,” *YourSay Nuclear*, Stand 29. Mai 2019, <https://www.youtube.com/watch?v=KhBYVzD4-fl>

Bei Interesse und Fragen:
bv@extinctionrebellion.de

INHALTSVERZEICHNIS

<u>EINFÜHRUNG</u>	7
<u>WIE FUNKTIONIERT EINE BÜRGER*INNENVERSAMMLUNG?</u>	9
<u>Warum brauchen wir Bürger*innenversammlungen, wenn wir bereits ein Parlament haben?</u>	10
<u>ELEMENTE EINER BÜRGER*INNENVERSAMMLUNG</u>	12
<u>Bürger*innen</u>	12
<u>Koordinierungsgruppe</u>	12
<u>Beirat</u>	12
<u>Expert*innen- und Interessengruppen</u>	12
<u>Moderationsteam</u>	13
<u>Aufsichtsgremium</u>	13
<u>WICHTIGE SCHRITTE BEI DER GESTALTUNG EINER BÜRGER*INNENVERSAMMLUNG</u>	14
<u>Ernennung eines Aufsichtsgremiums</u>	14
<u>Die Aufgabe</u>	14
<u>Ernennung der Koordinierungsgruppe</u>	15
<u>Die Faktenlage</u>	15
<u>Einladungen von Expert*innen und Interessenvertreter*innen</u>	16
<u>Planung des Versammlungsablaufs</u>	16
<u>Erstellen von Beratungsunterlagen</u>	17
<u>Auswahl der Versammlungsmitglieder durch Losentscheid</u>	18
<u>Durchführen der Versammlung</u>	19
<u>Auswirkungen von Empfehlungen</u>	20
<u>WIE WERDEN DIE MITGLIEDER DER VERSAMMLUNG AUSGEWÄHLT?</u>	21
<u>Geschichtete Zufallsstichprobe</u>	21
<u>WARUM FORDERT EXTINCTION REBELLION EINE BÜRGER*INNENVERSAMMLUNG?</u>	22
<u>Wie unterscheiden sich Bürger*innenversammlungen von Offenen Versammlungen?</u>	23

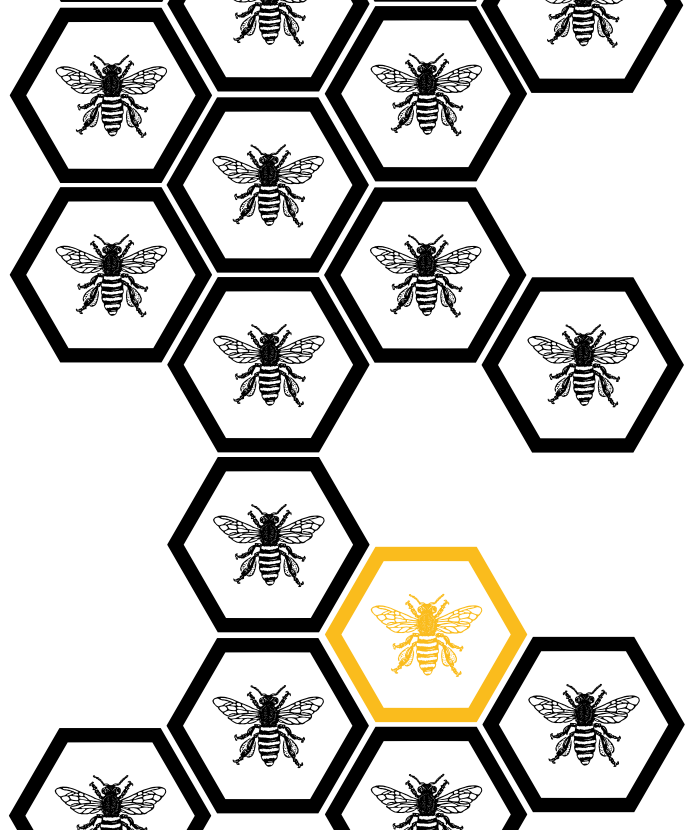
<u>BEISPIELE</u>	24
<u>Deutschland</u>	24
<u>Belgien</u>	25
<u>UK</u>	26
<u>Irland</u>	28
<u>Polen</u>	29
<u>Kanada</u>	30
<u>Australien</u>	31
<u>Indien</u>	32
<u>WEITERFÜHRENDE LITERATUR</u>	34
<u>Bücher</u>	34
<u>Artikel</u>	34
<u>Berichte</u>	34
<u>DANK</u>	34
<u>BIBLIOGRAPHIE</u>	35



***"Die Bürger*innenversammlung hat gezeigt:
Wenn die Debatte um Informationen,
Diskussionen, Fragen und Antworten
strukturiert wird und die Bürger*innen die
Dinge mit fachkundigem Rat wirklich
ausdiskutieren können, ändern sie häufig
ihre Standpunkte."***

Sadhbh O'Neill, Fachreferentin für Bürger*innenversammlungen zum Klimawandel, Irland²

2 Zitat aus: Stefanini, S. "A democratic experiment in Ireland could become the model for fighting climate change," Quartz, 19. Februar 2019.



EINFÜHRUNG

Die dritte Forderung von Extinction Rebellion verlangt von der Regierung, eine Bürger*innenversammlung zu Maßnahmen für Klimagerechtigkeit und gegen ökologische Katastrophen einzuberufen und nach deren Beschlüssen zu handeln. Dieser Leitfaden bietet eine allgemeine Einführung zu Bürger*innenversammlungen. Er erklärt, was sie sind, wie sie funktionieren und warum wir sie brauchen. Darüber hinaus werden die wichtigsten Schritte für die Planung und Durchführung einer solchen Versammlung beschrieben und einige spannende Beispiele für ähnliche Prozesse aus aller Welt vorgestellt. In Kürze werden wir eine detailliertere Übersicht unserer Anforderungen an die Bürger*innenversammlung zu Klima und ökologischer Gerechtigkeit veröffentlichen.

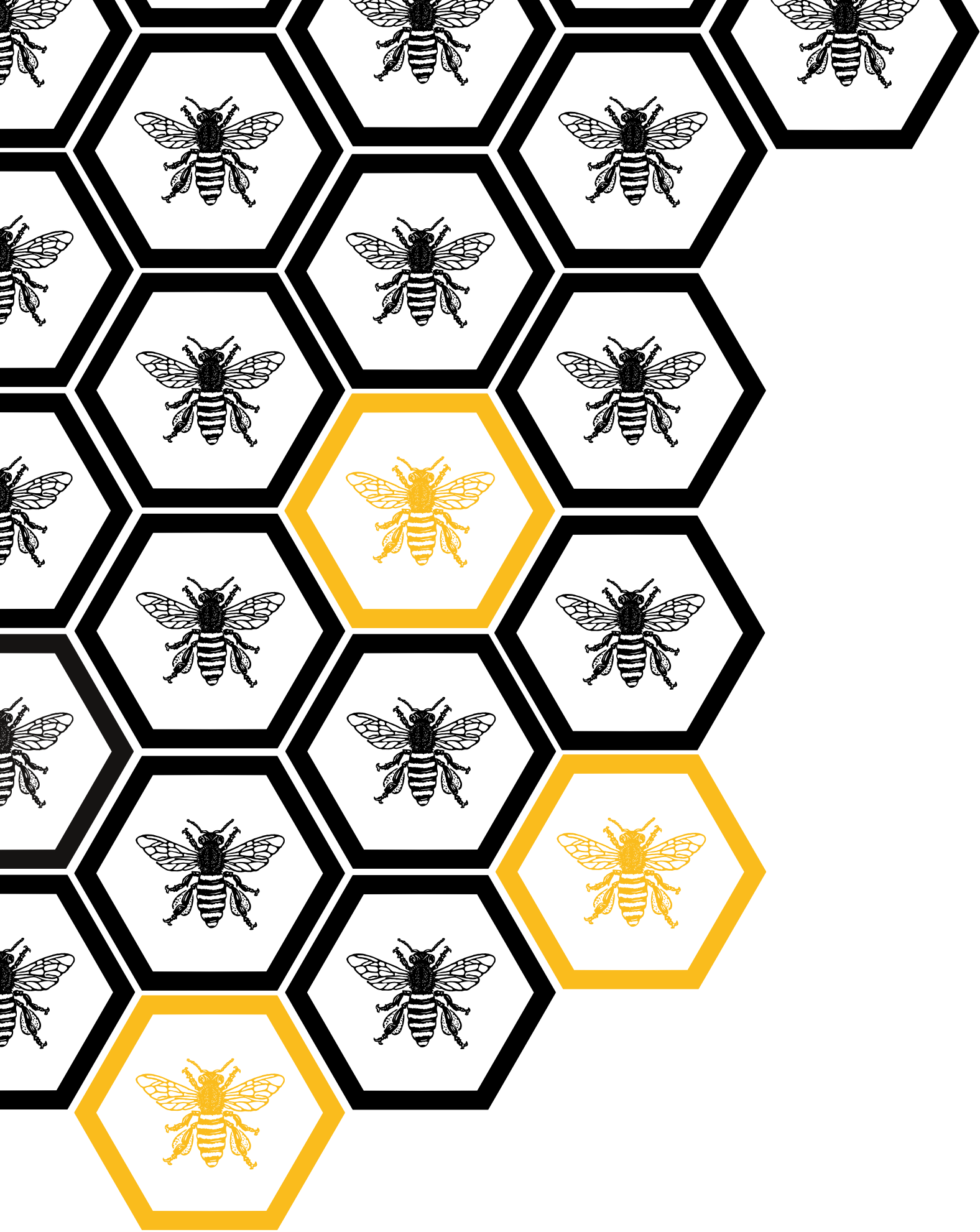
Bürger*innenversammlungen sind eine Form der deliberativen Demokratie - ein Prozess, in dem gewöhnliche Bürger*innen politische Entscheidungen treffen. Öffentliche Anhörungen, die von Bürger*innenjürs mit weniger als zwanzig Personen bis hin zu Bürger*innengipfeln mit mehr als siebenhundert Teilnehmer*innen reichen, haben die Politikgestaltung in Australien, Belgien, Kanada, Indien, Irland, Polen und Großbritannien verändert. Bei einer Bürger*innenversammlung reflektiert eine Gruppe zufällig ausgewählter Personen aus der Zivilgesellschaft über ein Thema von öffentlichem Interesse. Ziel ist es, einen Querschnitt der Gesellschaft zusammenzubringen. Die Teilnehmer*innen hören Expert*innen und Interessenvertreter*innen an, stellen Fragen, beraten über politische Optionen und geben Empfehlungen zur Gestaltung von Regierungspolitik.

Extinction Rebellion ist der Ansicht, dass die Öffentlichkeit die Möglichkeit haben muss, zu entscheiden, wie das Land auf die Krisensituation reagiert, mit der wir konfrontiert sind. Eine gut organisierte nationale Bürger*innenversammlung zum Thema Klima und ökologische Gerechtigkeit wird es den Politiker*innen ermöglichen, die Klimakrise anzugehen, bevor es zu spät ist.

„Eine Bürger*innenversammlung gibt uns, dem Volk, die Möglichkeit einen radikalen Wandel einzufordern. Eine solche Forderung gibt wiederum der Regierung die Legitimität Maßnahmen zu ergreifen und ermöglicht parteiübergreifende Kooperation. Weiterhin untätig zu bleiben, ist keine Option. Es ist Zeit für eine Bürger*innenversammlung.“

Sarah Lunnon, externe Koordinatorin des Extinction Rebellion UK Political Circle³

³ "Statement from Extinction Rebellion: Philip Hammond's letter to Theresa May," Extinction Rebellion, 7 June 2019. <https://rebellion.earth/2019/06/07/statement-from-extinction-rebellion-philip-hammonds-letter-to-theresa-may/>



WIE FUNKTIONIERT EINE BÜRGER*INNENVERSAMMLUNG?

Die Mitglieder der Bürger*innenversammlungen werden nach dem Zufallsprinzip aus der Bevölkerung ausgewählt. Dieser Prozess ähnelt der Auswahl von Schöff*innen. Darüber hinaus stellen die Organisator*innen der Versammlung mit einer demografischen Quotenregelung sicher, dass sie in Bezug auf eine Reihe von Kategorien inklusiv sind, z.B. Geschlecht, Alter, ethnisch-kulturelles Erbe, Bildungsniveau, sexuelle Orientierung, Behinderung und Wohnort. Sobald die Mitglieder ausgewählt wurden, umfasst der Prozess vier Schlüsselphasen: Zuhören, Lernen, Beraten und Entscheiden.

Bürger*innenversammlungen können nützlich sein, um gewählten Politiker*innen ein besseres Verständnis darüber zu vermitteln, wie sie sich für die Themen Klima und ökologische Gerechtigkeit einsetzen sollten. Jüngste Untersuchungen bestätigen, dass sich die Mitglieder des britischen Parlaments nicht sicher sind, welche Maßnahmen die Öffentlichkeit in Bezug auf den Klimaschutz von ihnen erwartet⁴. Auch in Deutschland einigt sich die Politik im sogenannten Klimapaket auf Klimaschutzmaßnahmen, die möglichst keinem weh tun. Und dies obwohl hunderttausende Menschen zum Klimastreik am 20. September 2019 auf die Straße gegangen sind. Die offenkundige Rat- und Mutlosigkeit der Politik steht damit in großem Gegensatz zur offensichtlichen Bereitschaft der Bürger*innen, weitreichende Maßnahmen mitzutragen.

Einzig Meinungsumfragen werden regelmäßig erstellt, um die Stimmung im Volk zu evaluieren. Doch häufig erfassen Meinungsumfragen Kurzschlussreaktionen auf die gestellten Fragen. Außerdem werden die Bürger*innen dabei weder informiert, noch wird ihnen ermöglicht, die Tragweite unterschiedlicher Handlungsoptionen gemeinsam mit anderen Menschen zu durchdenken. Bürger*innenversammlungen bieten die Möglichkeit, die Ansichten einer weitgehend repräsentativen Stichprobe von Menschen auf faire und gerechte Weise zu erforschen.

Bürger*innenversammlungen können auch auf städtischer oder lokaler Ebene abgehalten werden. Angesichts der Dringlichkeit und Komplexität der Klimakrise besitzt jedoch nur die Bundesregierung die Macht, die erforderlichen Maßnahmen in angemessenem Umfang einzuleiten — deshalb fordert Extinction Rebellion eine nationale Bürger*innenversammlung.

⁴ Willis, R. "Building the political mandate for climate action," London: Green Alliance, 2018.
https://www.green-alliance.org.uk/resources/Building_a_political_mandate_for_climate_action.pdf

Warum brauchen wir Bürger*innenversammlungen, wenn wir bereits ein Parlament haben?

Bürger*innenversammlungen sind eine Form der partizipativen Demokratie. Sie sind eine wichtige Ergänzung zu dem System der repräsentativen Demokratie, zu dem in Deutschland beispielsweise die gewählten Parlamentsmitglieder und Gemeinderäte gehören. Die Beteiligung der Öffentlichkeit fungiert als Gegengewicht zu einem parlamentarischen System, welches dem kurzfristigen Wahlerfolg Vorrang vor den langfristigen Bedürfnissen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen einräumt.

Beratungsprozesse, die mit Schutzmechanismen gegen Voreingenommenheit ausgestattet sind, führen in politischen Debatten zu vielfältigeren und fundierteren Meinungen, als dies in ausschließlich durch Wahlen zustande gekommenen Organen der Fall ist, wie etwa den Landesparlamenten und dem Bundestag. Darüber hinaus werden die Versammlungsmitglieder nicht als Vertreter*innen politischer Parteien gewählt und können daher Entscheidungen ausschließlich auf der Grundlage ihrer eigenen sachkundigen Standpunkte, Werte und ihres Verständnisses davon treffen, welche Politik zum Wohle der Allgemeinheit beiträgt.



ELEMENTE EINER BÜRGER*INNEN-VERSAMMLUNG

Bürger*innen

Bürger*innen sind das Herzstück der deliberativen Demokratie. Eine Bürger*innenversammlung muss die Gruppe derjenigen Menschen widerspiegeln, die von den Ergebnissen betroffen sein werden, in diesem Fall die deutsche bzw. europäische Bevölkerung. Die Mitglieder werden per geschichteter Zufallsauswahl bestimmt.

Der Begriff Bürger*in hat seinen Ursprung im Demokratiesystem Athens im Alten Griechenland. Hier bestand für die Bürger die Pflicht, die Regierenden zur Verantwortung zu ziehen. Damals wie heute sind jedoch viele Menschen von der Politik ausgeschlossen. Die Organisator*innen der Bürger*innenversammlung müssen Einflüssen entgegenwirken, die bestimmte Gruppen an der demokratischen Beteiligung hindern, oder die sie entmutigen auf partizipatorischen Veranstaltungen zu sprechen.

Koordinierungsgruppe

Eine Bürger*innenversammlung wird von einer Koordinierungsgruppe geleitet, dessen Unparteilichkeit essentiell ist. Seine Unabhängigkeit von denen, die den Prozess finanzieren, wird von einer Reihe von Kontrollmechanismen, wie dem Aufsichtsgremium, gesichert. Das Koordinierungsgruppe ist dafür verantwortlich, das Losverfahren durchzuführen, sowie Expert*innen, Interessenvertreter*innen und das Moderationsteam einzuladen. Diese Rolle wird normalerweise von einer darauf spezialisierten Organisation oder einer Gruppe solcher Organisationen übernommen.

Beirat

Der Beirat entwickelt Schlüsselkriterien für die Auswahl des Expert*innen- oder Interessengruppenausschusses. Außerdem stellt er gemeinsam mit dem Aufsichtsgremium sicher, dass die Hintergrundinformationen und (wissenschaftlichen) Belege, die einer Bürger*innenversammlung präsentiert werden, ausgewogen sind. Der Beirat kann auf verschiedene Weise zusammengesetzt sein. So besteht beispielsweise der Beirat der Irischen Bürger*innenversammlung aus Akademiker*innen und Fachleuten aus einer Reihe von relevanten Fachgebieten.

Expert*innen und Interessengruppen

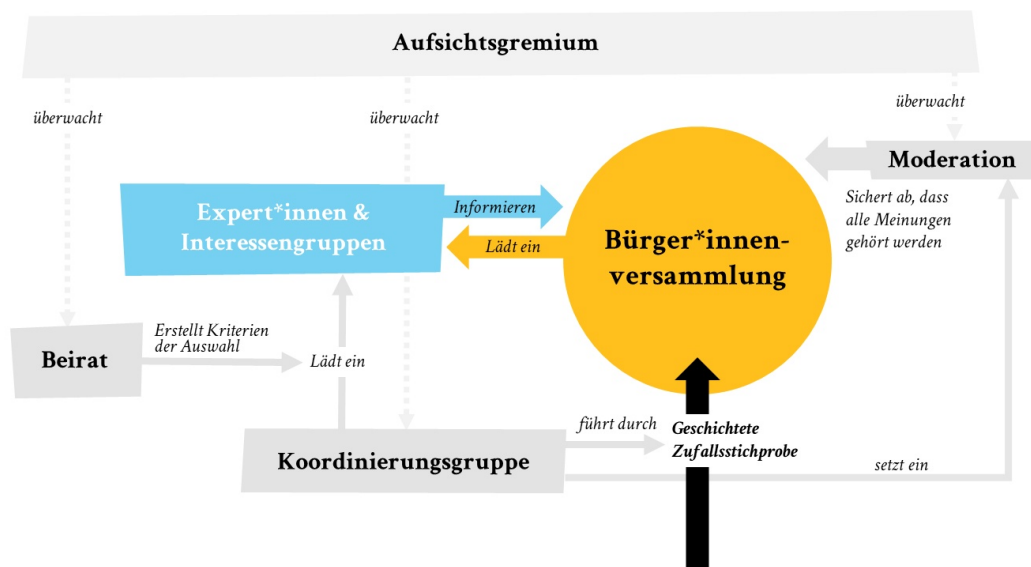
Hierbei handelt es sich um eine Gruppe von Expert*innen, Interessenvertretungen und Betroffenen (Personen und Gruppen, deren Rechte durch die Klima- und die ökologische Krise bedroht sind). Diese informieren die Versammlung aus ihrer Perspektive. Die Expert*innen und Interessengruppen werden von der Koordinierungsgruppe auf der Grundlage der vom Beirat festgelegten Kriterien eingeladen, um eine faire und breite Meinungsbildung zu gewährleisten. Auch vonseiten der Versammlungsmitglieder können Beiträge eingebracht, themenspezifische Fragen gestellt oder Referent*innen(-gruppen) eingeladen werden. Sie haben auch die Möglichkeit, Fragen an Ausschussmitglieder in der Versammlung selbst zu stellen. Beiträge von Expert*innen, Interessengruppen und Betroffenen können in Form von persönlichen Redebeiträgen, Tonaufnahmen, schriftlichen Dokumenten oder in einem Live-Stream präsentiert werden.

Moderationsteam

Von den Koordinator*innen wird ein Team von Moderator*innen ernannt. In jeder Sitzung der Bürger*innenversammlung sitzt ein*e Moderator*in an einem Tisch mit den Versammlungsmitgliedern. Die Rolle des Moderationsteams besteht darin abzusichern, dass die Beratung nicht nur von wenigen dominiert wird, sondern dass jede*r die Chance hat, zu sprechen. Diese Rolle sollte von erfahrenen Fachleuten ausgeübt werden, die für eine respektvolle Diskussionskultur sorgen können. Das Moderationsteam sollte unparteiisch und ausreichend groß sein, um die Anzahl der Versammlungsmitglieder adäquat unterstützen zu können. Die Moderator*innen dürfen ihre eigene Meinung in diesem Rahmen nicht äußern - sie sind strikt neutral.

Aufsichtsgremium

Das Aufsichtsgremium kann aus Bürger*innen, Regierungsrepräsentant*innen, Betroffenen, Fachleuten aus der deliberativen Praxis und anderen Interessengruppen, wie NGOs und Unternehmen bestehen. Die Rolle dieses Gremiums besteht darin, den gesamten Prozess hinsichtlich der Einhaltung der Regeln und Richtlinien von Bürger*innenversammlungen zu überwachen.



"Die Mitglieder der Bürger*innenversammlung [...] haben gezeigt, zu welcher außergewöhnlichen Leistungen Bürger*innen fähig sind, wenn sie vor eine wichtige Aufgabe gestellt werden und dann die notwendigen Ressourcen sowie die erforderliche Unabhängigkeit erhalten, um ihr gerecht zu werden."

WICHTIGE SCHRITTE BEI DER GESTALTUNG EINER BÜRGER*INNENVERSAMMLUNG

Der folgende Abschnitt beschreibt die wichtigsten Phasen, die bei einer Bürger*innenversammlung durchlaufen werden müssen. Dieser Prozess wurde in Zusammenarbeit mit internationalen Expert*innen und Fachleuten aus dem Gebiet der Bürger*innenversammlung entwickelt.

ERNENNUNG EINES AUFSICHTSGREMIUMS

Schritt 1. Ernennung eines Aufsichtsgremiums. Dieses Aufsichtsgremium überwacht den gesamten Prozess und die anderen Organe, um sicherzustellen, dass die Bürger*innenversammlung ausgewogen ist und die Leitlinien, die ihr zugrunde liegen, befolgt werden.



DIE AUFGABE

Schritt 2. Die Aufgabe. Die Person oder Gruppe, die eine Bürger*innenversammlung initiiert, legt die Fragestellung schlussendlich fest. Extinction Rebellion fordert, dass die Initiative von der Regierung ausgeht. Die Fragestellung sollte jedoch zuvor in einem inklusiven Prozess erarbeitet werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Frage klar formuliert ist und dass diese das Problem klar benennt. Die Mitglieder der Versammlung treffen fundierte Urteile auf Grundlage der Beiträge von Expert*innen und Interessenvertreter*innen, anstatt sich in den Details der gesetzgeberischen Ausgestaltung zu verlieren. In einigen Fällen müssen die spezifischen politischen Bereiche, die von der Bürger*innenversammlung behandelt werden sollen, begrenzt werden. So könnten beispielsweise in einer Bürger*innenversammlung zu Klima und ökologischer Gerechtigkeit bestimmte Sektoren aufgrund ihres Beitrags zur Klimakrise und des Zusammenbruchs ökologischer Lebenserhaltungssysteme Priorität erhalten. Die Entscheidungen darüber, welche Politikbereiche die Bürger*innenversammlung zu berücksichtigen hat, wirken sich auf ihre Dauer aus und darauf, ob es mehrere Bürger*innenversammlungen geben muss, um diese verschiedenen Bereiche zu behandeln.



ERNENNUNG DER KOORDINIERUNGSGRUPPE



Schritt 3. Ernennung der Koordinierungsgruppe. Die Koordinator*innen müssen im Rahmen eines offenen und wettbewerbsorientierten Ausschreibungsverfahrens ausgewählt werden. Es müssen Schutzmaßnahmen getroffen werden, damit mächtige Interessengruppen wie die Regierung nicht in der Lage sind, den Auswahlprozess zu beeinflussen, indem sie beispielsweise ein Team von Koordinator*innen ernennen, die in ihrem Interesse handeln.



DIE FAKTENLAGE

Schritt 4. Die Faktenlage. Die Koordinierungsgruppe arbeitet zusammen mit dem Beirat an der Entwicklung eines klaren und umfassenden Richtlinienrahmens, um die Fakten, Überlegungen und Entscheidungen zu strukturieren. Im Falle einer Bürger*innenversammlung zu Klimaschutz und ökologischer Gerechtigkeit könnte dieser Rahmen alle alternativen Strategien enthalten, die in einem beliebigen Wirtschaftssektor realistischerweise umsetzbar sind.

EINLADUNGEN VON EXPERT*INNEN UND INTERESSENVERTRETER*INNEN

Schritt 5. Einladung von Expert*innen und Interessenvertreter*innen. Die Koordinierungsgruppe identifiziert und kontaktiert Expert*innen, Interessenvertreter*innen und Betroffene auf der Grundlage der vom Beirat festgelegten Schlüsselkriterien.

PLANUNG DES VERSAMMLUNGSABLAUFS

Schritt 6. Planung des Versammlungsablaufs. Die Koordinierungsgruppe plant den inhaltlichen Teil der Bürger*innenversammlung. Sie bereitet die Informationen vor, die die Mitglieder der Versammlung benötigen, um die ihnen vorliegende Problemstellung in all ihren Aspekten zu verstehen. Dazu gehört auch die Berücksichtigung der Anzahl der Präsentationen, die von verschiedenen Expert*innen, Interessengruppen und Betroffenen gehalten werden müssen.

Zusätzlich zu den Expert*innen und Interessengruppen, die persönlich erscheinen, kann jedes Mitglied der Zivilgesellschaft - ob als Einzelperson oder Gruppe - schriftlich einen Beitrag an die Bürger*innenversammlung richten. Dieser wird online öffentlich zugänglich gemacht, zusammengefasst und den Mitgliedern der Versammlung in der Konsultationsphase vorgelegt (siehe Schritt 9).

ERSTELLEN VON BERATUNGSUNTERLAGEN

Schritt 7. Erstellen von Beratungsunterlagen. Nach Planung des Versammlungsablaufs erstellt der Expert*innen- und Interessengruppenausschuss unter Anleitung des Beirats leicht verständliche und ausgewogene Hintergrundmaterialien, die den Mitgliedern der Versammlung vorgelegt werden.



AUSWAHL DER VERSAMMLUNGSMITGLIEDER DURCH LOSENTSCHEID

Schritt 8. Auswahl der Versammlungsmitglieder durch Losentscheid. Zunächst wird eine Datenbank der Einwohner*innen Deutschlands zusammengestellt. Eine bestimmte Anzahl dieser Personen wird zufällig aus der Datenbank ausgewählt und erhält ein Einladungsschreiben, das ihnen anbietet, an der Bürger*innenversammlung mitzuwirken. Es gibt praktische Erfahrungen mit Bürger*innenversammlungen von ca 80-800 Personen. Die Einladung enthält eine Erklärung der Aufgabe, sowie Details zum Ablauf, einschließlich Termine, Ort, Unterkunft, verfügbarer Unterstützung für Reisen und Honorare. Interessierte Bürger*innen füllen entweder online oder über eine gebührenfreie Telefonnummer ein Formular aus, das den Koordinator*innen grundlegende soziodemografische Informationen, wie Alter, Geschlecht, Wohnort, Bildungsstand, bereitstellt. Die Versammlungsmitglieder werden dann anhand des Verfahrens der geschichteten Zufallsstichprobe ausgewählt.

Ein Team von Koordinator*innen kontaktiert dann die ausgewählten Personen und unterstützt sie, um ihre Teilnahme zu gewährleisten. Das Team beantwortet Fragen, hilft bei der Reiseplanung oder bietet Unterstützung für Betreuungsaufgaben an.



DURCHFÜHREN DER VERSAMMLUNG

Schritt 9. Durchführen der Versammlung. Die Bürger*innenversammlung findet an einem leicht zugänglichen Ort statt, in dessen Nähe es angemessene Unterbringungsmöglichkeiten und Verpflegungsangebote gibt. Dies soll sicherstellen, dass sich alle Versammlungsteilnehmer*innen wohlfühlen. Die Versammlung läuft in den folgenden Schritten ab:

A. Lernphase - Hier werden die Teilnehmer*innen über die Thematik informiert. Sie werden auch in den Bereichen kritisches Denken und dem Erkennen von Vorurteilen geschult. Anschließend halten Expert*innen, Interessengruppen und Betroffene Vorträge, sodass die Teilnehmer*innen ausgewogene und umfassende Informationen zu dem Thema erhalten, einschließlich Schlüsselbegriffen und Hintergrundinformationen (z.B. über das Ausmaß und die Auswirkungen der Klimakrise). Dann werden ihnen eine Reihe von Meinungen und Fakten zu politischen Optionen vorgelegt. Des Weiteren können die Mitglieder der Versammlung zusätzlich Expert*innen einladen um deren Expertise einzuholen.

B. Konsultationsphase - Hier werden die schriftlichen Beiträge aus der Zivilgesellschaft (siehe Schritt 6) einbezogen. Die Mitglieder haben auch das Recht, jede dieser Personen oder Gruppen zu einer persönlichen Anhörung einzuladen. Es sollte ein breites Spektrum an Perspektiven vertreten sein, auch gegensätzliche.

C. Beratungsphase - Die Mitglieder der Versammlung besprechen die Fakten und Meinungen, die sie gehört haben. Hier wird den Mitgliedern Raum geboten, um über die Themen nachzudenken und zu diskutieren. Die Moderation trägt Sorge dafür, dass die Mitglieder der Versammlung einander aktiv zuhören und sich mit den verschiedenen Optionen kritisch auseinandersetzen. Diese Phase findet in einer Kombination aus Plenarsitzungen und moderierten Kleingruppen statt, um allen die Möglichkeit zu geben, zu sprechen und gehört zu werden.

D. Entscheidungen - Die Mitglieder der Versammlung werden durch einen schrittweisen Prozess geführt, um einen Bericht über ihre Empfehlungen zu erarbeiten. Sie können sich hierbei für eine interne Beratung ohne die Anwesenheit des Moderationsteams entscheiden. Die Koordinierungsgruppe prüft, wie viel Zeit die Mitglieder der Versammlung benötigen werden, um sich zu beraten und gründlich reflektierte Entscheidungen zu treffen.

Um Transparenz zu gewährleisten, werden alle Präsentationen während der Lern- und Konsultationsphase live gestreamt und aufgezeichnet und alle Materialien online verfügbar gemacht. Darüber hinaus erstellt die Koordinierungsgruppe einen Bericht, in dem die in der Bürger*innenversammlung angewandte Methodik zur Gewährleistung der Verfahrenstransparenz erläutert wird.

AUSWIRKUNGEN VON EMPFEHLUNGEN

Schritt 10. Auswirkungen von Empfehlungen. Vor Beginn der Bürger*innenversammlung sollte festgelegt werden, in welchem Umfang und in welchem zeitlichen Rahmen die Regierung auf die ihr vorgelegten Empfehlungen zu reagieren hat. Empfehlungen, die von der Bürger*innenversammlung zu einem vereinbarten Prozentsatz unterstützt werden, könnten als verbindlich behandelt werden. So könnte sich die Regierung beispielsweise zur Umsetzung von Empfehlungen verpflichten, die von 80% der Versammlungsmitglieder unterstützt werden. Das Parlament könnte aufgefordert werden, Empfehlungen mit weniger Unterstützung innerhalb eines bestimmten Zeitraums (z.B. eines Monats) zu diskutieren und eine Erklärung abzugeben, warum der Vorschlag angenommen, geändert oder abgelehnt wurde.





WIE WERDEN DIE MITGLIEDER DER VERSAMMLUNG AUSGEWÄHLT?

Die Versammlungsglieder werden im Losverfahren ausgewählt, ähnlich einer Jury für ein Gerichtsverfahren. Dabei wird eine Gruppe von Bürger*innen so ausgewählt, dass sie die Zusammensetzung der Gesellschaft (oder einen anderweitig gewünschten Mix von Personen) widerspiegeln. Um strukturelle Ungleichheiten (die in der Gesellschaft bezüglich Herkunft, Geschlecht, Klasse etc. bestehen) bei deliberativen Prozessen abzumildern, soll ein mehrschichtiges Zufallsverfahren genutzt werden. In einigen deliberativen Prozessen bilden Mitglieder von marginalisierten Gruppen eine Mehrheit der Teilnehmer*innen, um sicherzustellen, dass ihre Stimmen nicht ausgeschlossen werden, während andere eine statistische Verteilung priorisieren.

Geschichtete Zufallsstichprobe

Geschichtetes, zufälliges Auswählen dient dazu, sicherzustellen, dass die Zusammensetzung der Bürger*innenversammlung repräsentativ für die Bevölkerung ist. Die Bevölkerung wird nach Kategorien, wie z.B. Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit, Bildungsniveau oder (geografische) Herkunft, aufgeteilt. Der Prozentsatz der je Kategorie reservierten Versammlungssitze entspricht deren Prozentsatz an der Gesamtpopulation. Personen werden dann innerhalb dieser Kategorien zufällig ausgewählt. Ein Beispiel: Die Bevölkerung setzt sich etwa zur Hälfte aus Frauen und zur Hälfte aus Männern zusammen. Bei einem geschichteten Auswahlverfahren, würden bei einer Versammlung mit 100 Sitzen dementsprechend 50 Sitze für Frauen und 50 Sitze für Männer reserviert. In der Praxis sollten auch non-binäre Personen bei dieser Verteilung berücksichtigt werden

Für die so ausgelosten Personen ist die Teilnahme an der Bürger*innenversammlung freiwillig.

Dem Prinzip der geschichteten Auswahl liegt die Überlegung zugrunde, dass die Öffentlichkeit in der Lage sein soll, sich mit einigen oder mehreren Versammlungsgliedern zu identifizieren, beispielsweise bezüglich des Alters, der ethnischen Zugehörigkeit, des sozioökonomischer Status, des Geschlechts oder des Wohnortes. Damit werden die Entscheidungen der BV für die Bürger*innen nachvollziehbarer. Sie können ableiten, dass sie ähnliche Entscheidungen treffen würden, wenn sie den gleichen Zugang zu Experten*innen, Interessengruppen und Betroffenen, sowie Zeit zum Beraten hätten. Damit ist nicht gemeint, dass diese Identitätsmarker einen direkten Einfluss darauf haben, wie Menschen Entscheidungen treffen, sondern dass die geschichtete Auswahl die Teilnahme diverser Stimmen am Entscheidungsprozess ermöglicht. Für die Legitimierung einer Bürger*innenversammlung ist es wichtig, dass die Öffentlichkeit Vertrauen in diese Herangehensweise entwickelt und dass ihre Ansichten, von der Auswahl bis zur Beratung, repräsentiert werden.

Es dauert ungefähr 6 Wochen, um einen Auswahlprozess durchzuführen und ein Gremium von Repräsentant*innen, zufällig ausgewählten Bürger*innen, zu formen und vorzubereiten, um legitimierte, faire und inklusive Entscheidungen zu treffen.

WARUM FORDERT EXTINCTION REBELLION EINE BÜRGER*INNENVERSAMMLUNG?



Extinction Rebellion denkt, dass eine Bürger*innenversammlung helfen würde, Mängel unserer gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie zu beheben, die zu Untätigkeit im Angesicht des klimatischen und ökologischen Notstands geführt haben:

- Seitdem die Klimakrise vor 30 Jahren zum ersten Mal auf die öffentliche Agenda gehoben wurde, hat es keine der bisherigen deutschen Regierungen vermocht, angemessen auf diese wachsende Bedrohung zu reagieren.
- Der Wahlzyklus verleitet die Regierung dazu, eher kurzfristige Interessen zu verfolgen, anstatt langfristige Probleme wie den klimatischen Zusammenbruch anzugehen.
- Demokratische Repräsentant*innen werden von Lobbyist*innen mächtiger Konzerne beeinflusst, suchen Medienwirksamkeit und kalkulieren ihre Politik basierend auf potenziellen medialen und öffentlichen Reaktionen. Dies bedeutet, dass Politiker*innen nicht den Handlungsspielraum haben, die drastischen Änderungen vorzuschlagen, die notwendig sind, um angemessen auf die Notsituation zu reagieren.

Darum wird eine Bürger*innenversammlung zu Klima- und Umweltgerechtigkeit den politischen Stillstand brechen:

- Eine Bürger*innenversammlung zu Klima- und Umweltgerechtigkeit gibt Politiker*innen Zugang zu öffentlichen Entscheidungen, die in einem fairen und faktenbasierten Verfahren getroffen wurden. Dies bereitet der Politik den erforderlichen Handlungsspielraum, um weitreichende und transformative Entscheidungen zu treffen. Dies ist gerechtfertigt durch das Mandat der Bürger*innenversammlung, was das Risiko einer öffentlichen Gegenreaktion an der Wahlurne reduziert.
- Bürger*innenversammlungen sind fair und transparent. Alle Versammlungsmitglieder haben aufgrund umsichtiger Moderation die gleichen Chancen gehört zu werden. Alle Informationen und Materialien, die den Versammlungsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden, werden auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dies generiert informierte und demokratisch legitimierte Urteile.
- Bürger*innenversammlungen können genutzt werden, wenn schwierige Kompromisse notwendig sind. Zum Beispiel könnten Expert*innen Handlungsalternativen vorschlagen, um das Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2025 auf Netto-Null zu senken, zu erreichen. Die Bürger*innenversammlung würde dann entscheiden, welche Handlungsalternativen sie bevorzugt. Besonderer Fokus würde vermutlich auf den Auswirkungen der Veränderungen für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen liegen.

WIE UNTERSCHIEDEN SICH BÜRGER*INNENVERSAMMLUNGEN VON OFFENEN VERSAMMLUNGEN?

Extinction Rebellion führt seit seiner Gründung sogenannte Offene Versammlungen durch. Genau wie bei Bürger*innenversammlungen handelt es sich dabei um eine Anwendung der deliberativen Demokratie, bei der sichergestellt werden soll, dass alle ein Mitspracherecht erhalten und sich zu Wort melden können. Sowohl Offene Versammlungen als auch Bürger*innenversammlungen haben das Ziel, die öffentliche Beteiligung am Prozess der Entscheidungsfindung zu erhöhen. Beide Formate legen einen Schwerpunkt auf ausgewogene Kommunikation und den respektvollen Umgang miteinander.

Jedoch gibt es grundlegende Unterschiede. So werden die Teilnehmer*innen von Bürger*innenversammlungen zufällig aus der Bevölkerung gewählt. Dies geschieht unter Anwendung von Kriterien, die eine Balance zwischen den Ausgewählten sichern, wohingegen über die Teilnahme an einer Offenen Versammlung jede*r selbst entscheiden kann. Bürger*innenversammlungen sind formale Prozesse, die erhebliche Ressourcen binden. Sie entstehen nicht spontan, sondern sind das Ergebnis monatelanger Vorbereitung. Sie können einige Monate, aber auch länger als ein Jahr bestehen. Im Unterschied dazu zeichnen sich Offene Versammlungen als informeller Prozess durch kurze Beratung und schnelle Resultate aus.

Offene Versammlungen werden in Diskussionsforen organisiert, die für alle offen sind, die daran teilnehmen möchten. Sie zielen auf einen strukturierten Prozess des Dialogs, der einer hohen Anzahl an Menschen erlaubt, Ideen zu entwickeln, darüber zu beraten und zu entscheiden. Offene Versammlungen dauern gewöhnlich ein bis vier Stunden und können überall stattfinden - z.B. auf besetzten Straßen oder öffentlichen Plätzen. Unter einer Vielzahl von Bezeichnungen wurden derartige Versammlungen schon oft in Graswurzelbewegungen genutzt, von Chartisten, Suffragetten, der US-Bürgerrechtsbewegung und weiteren - in jüngerer Zeit von der Occupy-Bewegung, im Arabischen Frühling und von der Gelbwesten-Bewegung. Offene Versammlungen wurden auch im Rahmen der April-Rebellion (2019) von XR genutzt, um eine Vielzahl von Problemen zu diskutieren - von Innovationen in der Demokratie bis zu praktischen Entscheidungen darüber, wie die April-Rebellion fortgeführt und beendet werden sollte.



BEISPIELE

Dieser Abschnitt stellt bisherige Beispiele von Bürger*innenversammlungen und ähnlichen deliberativen demokratischen Prozessen auf der ganzen Welt vor.

Deutschland

In Deutschland hat das Konzept der per Losverfahren zusammengestellten Bürger*innenversammlungen in jüngerer Zeit großen Auftrieb gewonnen. So haben sich zum Beispiel auf Initiative der Gruppe "Nur Mut!"⁵ in Berlin Friedenau sogenannte "Bürger*innenräte" gebildet, die mit finanzieller Unterstützung von Bezirk und Stadt und in direkter Anbindung an die politischen Entscheidungsträger*innen durchgeführt werden. Ein weiteres aktuelles Beispiel bietet die Studierendeninitiative „Mehr als wählen“⁶, die mit 50 zufällig ausgelosten Frankfurter*innen ein Konzept für mehr Bürgerbeteiligung in ihrer Stadt erarbeiteten. Auch das Land Baden-Württemberg hat mit dem Projekt des Europadialogs⁷ eine Bürger*innenversammlung durchgeführt, die breite Beachtung fand.

Im September 2019 wird in einem Pilotprojekt eine bundesweite und per Losverfahren zusammengestellte Bürger*innenversammlung unter dem Titel „Bürgerrat Demokratie“⁸ durchgeführt. Der Bürgerrat Demokratie enthält alle idealtypischen Elemente einer Bürger*innenversammlung. Allerdings wurde diese Bürger*innenversammlung nicht von der Regierung einberufen und hat somit nicht die politische Rolle, die Extinction Rebellion fordert.

Methodisch ist die Umsetzung von Bürger*innenversammlungen damit auch in Deutschland schon lange kein Problem mehr. Es bedarf nun zivilgesellschaftlichen Drucks, damit die vielfältigen guten Erfahrungen in Zukunft als Blaupause für staatlich beauftragte Bürger*innenversammlungen dienen. Damit schließt sich der Kreis zu der dritten Forderung von Extinction Rebellion auch im deutschen Kontext: Die Regierung muss eine Bürger*innenversammlung einberufen, die die notwendigen Maßnahmen für Klimagerechtigkeit und gegen die ökologische Katastrophe erarbeitet und sich verpflichtet, deren Beschlüsse umzusetzen.



⁵ www.nur-mut.org

⁶ www.mehralswaehlen.de/demokratiikonvent

⁷ www.europadialog.baden-wuerttemberg.de/de/startseite

⁸ www.buergerrat.de

Belgien

Nach einem fragmentierten Wahlergebnis im Juni 2010 verbrachte Belgien 18 Monate ohne Regierung. Angesichts dieser beispiellosen politischen Sackgasse organisierten öffentliche Intellektuelle eine Massenübung in der deliberativen Demokratie, die G1000. Das Projekt umfasste drei Phasen: eine Online-Konsultation zur Identifizierung von Themen – offen für alle Bürger*innen, einen eintägigen Bürger*innengipfel mit 704 Personen, um die drei beliebtesten Themen (soziale Sicherheit, Vermögensverteilung und Einwanderung) zu diskutieren, und ein kleineres 32-köpfiges Bürger*innenpanel, das an drei Wochenenden tagte, um die Vorschläge des Gipfels zu verfeinern. Sowohl der Gipfel als auch das Panel spiegelten die Bevölkerung in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Wohnort und Muttersprache wider. Die G1000 war gekennzeichnet durch ihre basisdemokratische Organisation und durch die Tatsache, dass sie nicht von einer politischen Institution beauftragt wurde. Dies hat, zusammen mit dem Umstand, dass die politische Krise im Laufe der Initiative beendet wurde, die Auswirkungen der G1000 auf die öffentliche Ordnung begrenzt. Sie weckte jedoch ein neues Interesse an der deliberativen Demokratie auf politischer Ebene und diente als Blaupause für lokale Initiativen in ganz Belgien. Eine dieser Initiativen ist die neue ständige Einrichtung für Bürger*innenversammlungen im deutschsprachigen Ostbelgien. Das neue Gremium soll Anfang 2020 seine erste Versammlung einberufen und wird von einem Bürger*innenrat geleitet. Wie die Mitglieder der Bürger*innenversammlungen selbst, wird der Rat nach dem Zufallsprinzip aus der allgemeinen Bevölkerung zusammengestellt. Die Mitglieder haben eine Amtszeit von 18 Monaten und sind für die Auswahl der zu diskutierenden Themen und die Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen durch das Parlament zuständig. Jede Bürger*innenversammlung trifft sich mit Mitgliedern des Parlaments, um ihre Vorschläge zu diskutieren. Das Parlament muss alle Empfehlungen, die es nicht umsetzt, ausdrücklich begründen.

"Wenn wir der Logik von Big Brother folgen würden, würden wir allmählich die Leute eliminieren, die uns auf die Nerven gingen. Aber hier tun wir es nicht. Wir müssen zusammenhalten und zeigen, dass man Dinge erreichen kann, wenn man zusammenarbeitet."

Pierre, Mitglied des Bürgerpanels, Belgien⁹

Ich war in der Nacht im Parlament, als Abgeordnete aller sechs Parteien sich über ideologische Differenzen hinweg setzten, um dem Gesetz zuzustimmen. Es war ein mutiger Schritt, ein Zeichen für andere Politiker*innen – die ihre Wähler*innen eher als Bedrohung denn als Ressource betrachten – dass man den Bürger*innen vertrauen sollte, anstatt sie zu fürchten oder zu manipulieren.

David Van Reybrouck, Mitorganisator des belgischen Bürgerpanels, Belgien, über die neuen Bürgerversammlungen in Ostbelgien¹⁰

⁹ Bell, C. et al. "G1000 Le Rapport Final – L'Innovation Démocratique Mise en Pratique," Belgium: G1000, 2012, p.5, http://www.g1000.org/documents/G1000_EN_Website.pdf, (own translation).

¹⁰ Van Reybrouck, D. "Belgium's democratic experiment," Politico, 25 April 2019, <https://www.politico.eu/article/belgium-democratic-experiment-citizens-assembly>.

UK

Bürger*innenjurs (eine kleinere Version einer Bürger*innenversammlung) wurden in den 80er Jahren in den USA durchgeführt und kamen 1994¹¹ in Großbritannien an. Ihr Bekanntheitsgrad stieg Anfang der 2000er Jahre, als sie bei Beratungen über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zum Einsatz kamen. Nach einer Reihe solcher Prozesse vereinbarte die Regierung, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen im Vereinigten Königreich einzustellen, woraufhin später ein EU-weites Verbot folgte, das bis heute andauert.

Aus den Bürger*innenjurs hat sich das Format der Bürger*innenversammlungen entwickelt. Letztere fanden bereits in Kanada statt, die erste in British Columbia im Jahr 2004.

Eine der ersten Bürger*innenversammlungen in Großbritannien befasste sich mit der Frage, wie die Sozialfürsorge für ältere und erwerbstätige Erwachsene in England finanziert werden kann.

Sie wurde vom Sonderausschuss Gesundheit und Soziales und vom Sonderausschuss Wohnen, Gemeinden und Kommunalverwaltung einberufen. Im Rahmen einer breit angelegten Untersuchung von Reformen, bedienten die Ausschüsse sich der Empfehlungen der Bürger*innenversammlung. Sie bezeichneten die Versammlung als essentiell für ihre Arbeit und als hilfreich, um Lösungen zu finden, die einen breiten Konsens erzielen würden. Ihre Empfehlungen waren für die Regierung jedoch nicht bindend.

Derzeit gibt es drei Bürger*innenversammlungen, die von der Abteilung für Digitales, Kultur, Medien und Sport und dem Ministerium für Wohnungswesen, Gemeinden und Kommunalverwaltung im Rahmen des Programms "Innovations in Democracy" geleitet werden¹².



"Ich denke, das Parlament sollte definitiv auch zu anderen Themen Bürger*innenversammlungen abhalten. [...] Eine Bürger*innenversammlung kann der Regierung die Möglichkeit geben, sich einen detaillierten Überblick darüber zu verschaffen, wie die Menschen über ein bestimmtes Thema denken und was sie dazu zu sagen haben."

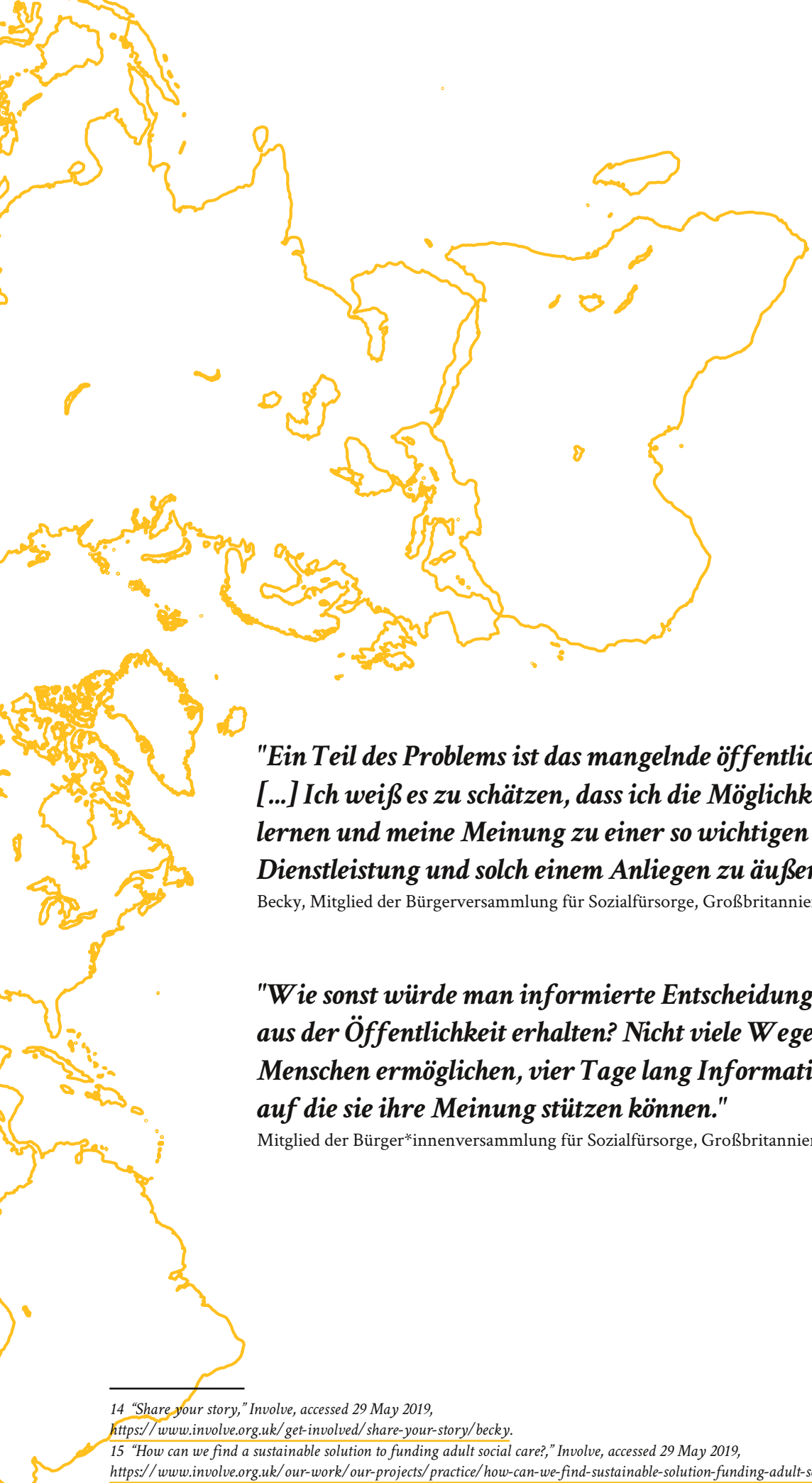
Don, Mitglied der Bürger*innenversammlung für Sozialfürsorge, Großbritannien¹³



¹¹ Kuper, R. "Deliberating waste: The Hertfordshire Citizens' Jury," *Local Environment*, 2(2), (2007), pp. 139-153.

¹² "Innovation in Democracy Programme: Expression of Interest (Eoi)," GOV.UK, accessed 16 June 2019, <https://www.gov.uk/government/publications/innovation-in-democracy-programme-expression-of-interest-eoi>.

¹³ "Share your story," *Involve*, accessed 29 May 2019, <https://www.involve.org.uk/get-involved/share-your-story/don>.



"Ein Teil des Problems ist das mangelnde öffentliche Bewusstsein. [...] Ich weiß es zu schätzen, dass ich die Möglichkeit habe, zu lernen und meine Meinung zu einer so wichtigen öffentlichen Dienstleistung und solch einem Anliegen zu äußern."

Becky, Mitglied der Bürgerversammlung für Sozialfürsorge, Großbritannien¹⁴

"Wie sonst würde man informierte Entscheidungen oder Ansichten aus der Öffentlichkeit erhalten? Nicht viele Wege würden es den Menschen ermöglichen, vier Tage lang Informationen zu erhalten, auf die sie ihre Meinung stützen können."

Mitglied der Bürger*innenversammlung für Sozialfürsorge, Großbritannien¹⁵

¹⁴ "Share your story," Involve, accessed 29 May 2019, <https://www.involve.org.uk/get-involved/share-your-story/becky>.

¹⁵ "How can we find a sustainable solution to funding adult social care?," Involve, accessed 29 May 2019, <https://www.involve.org.uk/our-work/our-projects/practice/how-can-we-find-sustainable-solution-funding-adult-social-care>.

Irland

Seit 2012 wurden zwei irische Bürger*innenversammlungen abgehalten, die jeweils mehrere Themen beraten haben, um den politischen Stillstand in Fragen wie Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe und Klimawandel zu überwinden. Die zweite, schlicht als "die Bürgerversammlung" bekannt, bestand aus einem Vorsitzenden (zuvor Richter am Obersten Gerichtshof) und 99 Bürger*innen, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden, um die Bevölkerung in Bezug auf Alter, Geschlecht, Wohnort und soziale Klasse widerzuspiegeln. Es wurden Rechtsvorschriften erlassen, so dass das Wählerverzeichnis zur Auswahl der Versammlungsteilnehmer*innen verwendet werden durfte. Die Versammlung wurde von einer Lenkungsgruppe für Planungs- und operative Fragen und von einer Experten*innengruppe überwacht, die Informationen und Ratschläge bereit stellte. Die Meetings wurden live übertragen. Für die Bürger*innenversammlung zum Thema Klimawandel tagte die Versammlung 2017 an zwei Wochenenden und gab 13 Empfehlungen mit Mehrheit ab: In einer Empfehlung erklärten sich beispielsweise 80% der Teilnehmer*innen bereit, höhere Steuern auf kohlenstoffintensive Aktivitäten zu zahlen. Die Versammlung war ein wichtiger Faktor, um die Politiker*innen zu ermutigen, ihre Reaktion auf die Klimaveränderungen zu verstärken. Im Jahr 2018 wurde ein parlamentarischer überparteilicher Ausschuss eingesetzt, um die Empfehlungen der Versammlung zu prüfen. Der Bericht des Ausschusses wirkte sich dann direkt auf den im Juni 2019 veröffentlichten Klimaaktionsplan der irischen Regierung aus, der viele der Empfehlungen der Versammlung aufnahm und sich verpflichtete, die Kohlendioxidsteuer zu vervierfachen und den Übergang zu Elektrofahrzeugen zu beschleunigen.

"Es scheint einfach eine politische Entkoppelung in der ganzen westlichen Welt zu geben. [Bürger*innenversammlungen sind] eine neue Ebene der Demokratie. Wir haben wahrscheinlich ein paar hundert Stunden Gesamtzeit investiert; [...] wir sind im Moment wahrscheinlich die am besten informierten Amateure im Land zu diesem Thema."

John Long, Mitglied der Bürger*innenversammlung über Abtreibung, Irland¹⁶



"Es ist nicht nur eine bestimmte Art von Menschen, die aufs College gegangen sind. Man hört, was die gewöhnlichen Menschen, die Menschen, die es vor Ort betrifft,[...] über etwas denken - und was sie daran ändern möchten."

Noreen O'Flynn, Mitglied der Bürger*innenversammlung über Abtreibung, Irland¹⁷



"Falls du misstrauisch bist, wenn es um die Fähigkeit von Politiker*innen geht, [...] Gesetze zu verabschieden, und es gibt ein Problem, das für deine Gesellschaft im Allgemeinen brennend ist - dann lass eine Versammlung abhalten."

David Keogh, Mitglied der Bürger*innenversammlung über Abtreibung, Irland¹⁸

Polen

Im Jahr 2016 wurde die polnische Stadt Danzig von großen Überschwemmungen heimgesucht, die zwei Menschen töteten und Schäden in Millionenhöhe verursachten. Expert*innen warnten, dass sich die Häufigkeit solcher extremen Niederschlagsereignisse durch den Klimawandel erhöhen würde. Als Reaktion auf die Katastrophe beschloss der Bürgermeister, eine Bürger*innenversammlung zu organisieren, die aus etwa 60 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft besteht, um Expert*innenaussagen anzuhören und eigene Lösungen zu entwickeln. Um die Transparenz zu fördern, wurde die letzte Phase des Zufallsauswahlverfahrens durch einen Würfelwurf vorgenommen, der live gestreamt wurde. Der Bürgermeister wohnte dem Beginn der Versammlung bei und informierte die Teilnehmenden darüber, dass Beschlüsse, die von mindestens 80 % der Mitglieder unterstützt werden, per Gesetz erlassen werden würden. Im Jahr 2017 wurde die Stadt wieder überflutet, doch die Gemeinde konnte effektiv reagieren, auch dank der Beschlüsse der Versammlung. Weitere Bürger*innenversammlungen folgten, die sich mit Umweltverschmutzung, bürgerschaftlichem Engagement und LGBT-Rechten befassten. Die 350 000 in Danzig lebenden Erwachsenen können eine Bürger*innenversammlung beantragen, indem sie 1000 Unterschriften sammeln. Erreicht die Zahl der Unterschriften 5000, ist der Bürgermeister verpflichtet, eine Bürger*innenversammlung zu dem vorgeschlagenen Thema einzuberufen.



"Die Leute sind sehr dankbar hierfür. Sie waren ihr ganzes Leben lang Bürger, aber sie wurden nie aufgefordert, etwas Wichtiges zu tun, um einen Beitrag zu leisten. Dies fühlt sich wichtig an."

Marcin Gerwin, Experte für Bürgerversammlungen und Koordinator der Danziger Bürgerversammlungen.¹⁹



¹⁶ Chalmers, P. "When Citizens Assemble," Vimeo, accessed 28 May 2019, <https://vimeo.com/246689508>.

¹⁷ ebd.

¹⁸ ebd.

¹⁹ Gazivoda, T. "Solutions: How the Poles Are Making Democracy Work Again in Gdansk," Resilience.org, 22 November 2017, <https://www.resilience.org/stories/2017-11-22/solutions-how-the-poles-are-making-democracy-work-again-in-gdansk/>.

Kanada

Im Jahr 2003 beauftragte die Regierung von British Columbia die Bürger*innenversammlung mit der Wahlreform. Die Versammlung, der 160 Mitglieder angehörten, darunter mindestens eine Frau und ein Mann aus jedem der Wahldistrikte der Provinz und zwei Vertreter*innen der First Nations, wurde beauftragt, Änderungen am "First-Past-the-Post"-Wahlssystem von British Columbia zu untersuchen. Sie tagte etwa jedes zweite Wochenende von Januar bis Oktober 2004, wobei sich die Mitglieder in einem umfassenden Lernprozess befanden, der die Überprüfung der Wahlsysteme und ihrer Auswirkungen auf der ganzen Welt umfasste. Letztendlich befürworteten 93% der Teilnehmer*innen den Wechsel zu einem einzigen übertragbaren Einzelabstimmungssystem. Auf der Grundlage der Empfehlung der Versammlung setzte die Regierung ein Referendum zu diesem Thema an. Während das Einzelabstimmungssystem in der gesamten Provinz breite Unterstützung fand, wurde die für eine Umsetzung erforderliche Schwelle von 60% knapp unterschritten.

"Die Mitglieder der Bürger*innenversammlung [...] haben gezeigt, wie außergewöhnlich normale Bürger*innen sind, wenn sie eine wichtige Aufgabe, die Ressourcen und die Unabhängigkeit erhalten, um es richtig zu machen."

Jack Blaney, Vorsitzender der Bürger*innenversammlung von British Columbia zur Wahlreform²⁰

²⁰ Lewis, P. "Making Every Vote Count — The Final Report of the British Columbia Citizens' Assembly on Electoral Reform," British Columbia, 2004, https://citizensassembly.arts.ubc.ca/resources/final_report.pdf.

Australien

Im Jahr 2016 trafen sich in Südaustralien zwei Bürgerjurs an fünf Wochenenden, um die Empfehlung einer königlichen Kommission zur Lagerung und Entsorgung von Atommüll aus anderen Ländern zu prüfen. Die erste Bürgerjury bestand aus 50 Personen und sollte die Tagesordnung für die zweite, größere Jury mit 350 Personen festlegen. Die Juror*innen wurden aus einer Zufallsstichprobe unter Verwendung einer Datenbank der Australischen Post gezogen und entsprachen der Bevölkerung des Staates in Bezug auf Alter, Geschlecht, Wohnort und ob sie eine Immobilie besaßen oder nicht. Die zweite Jury erstellte einen Bericht, in dem sie den Vorschlag der Kommission ablehnte und die Stärke des von ihr vorgelegten wirtschaftlichen Arguments in Frage stellte.



„Ich habe das Gefühl, dass es eine aufrichtige Bereitschaft von Mitgliedern der Gemeinschaft gibt, [...] sich mit Zeit, Energie und Ideen für die Mitgestaltung einer besseren Zukunft zu engagieren.“

Mitglied der Zweiten Bürgerjury für nukleare Abfälle, Australien²¹



Ich habe am Anfang versucht, so offen wie möglich zu sein und mich auf keine Position festzulegen. Ich habe jetzt eine ziemlich klare Position darüber, was wir meiner Meinung nach als nächstes tun sollten. Wir haben 300 oder mehr Menschen, die sehr gut informiert sind und die potenziell als Botschafter [...] in der breiteren Gemeinschaft fungieren könnten.

Mitglied der Zweiten Bürgerjury für nukleare Abfälle, Australien²²



²¹ "Citizens' Jury Two – Thoughts from the Jury on Day 4," YourSay Nuclear, accessed 29 May 2019, <https://www.youtube.com/watch?v=KhBYVzD4-fI>.

²² ebd.

Indien

Im Jahr 2000 kündigte der Regierungschef des indischen Bundesstaats Andhra Pradesh einen Plan an, der dutzende Millionen von Landwirt*innen durch eine neue Strategie namens Vision 2020 von ihrem Land vertreiben würde. Es war von einer US-amerikanischen Beratungsfirma erstellt worden und hatte bereits Finanzierungsgarantien der Weltbank und der britischen Regierung erhalten.

Graswurzel-geführte Organisationen in Andhra Pradesh haben zusammen mit britischen Forscher*innen und einem lokalen Moderationsteam eine Bürgerjury einberufen, die einen Querschnitt derjenigen enthielt, deren Lebensgrundlagen am ehesten von der Vision 2020 betroffen waren. Die Jury, die in der Landessprache Telegu auch "Prajateerpu" genannt wurde (wörtlich "Volksurteil"), bestand aus achtzehn Personen, von denen die meisten Frauen waren. Trotz der Tatsache, dass es sich um eine weitgehend von unten nach oben gerichtete Initiative handelte, die von einer Drittpartei finanziert wurde (dem niederländischen Überseehilfsprogramm), beeinflusste Prajateerpu die Politik sowohl national als auch international. Die Ablehnung der Vision 2020 durch die Jury, insbesondere die Kritik an gentechnisch veränderten Pflanzen und der Grünen Revolution, fand eine breite nationale und internationale Medienberichterstattung.

"Was mich erstaunte [...], war, dass die [Bürgerjury] sofort wusste, ob das, was ihnen gesagt wurde, Unsinn oder Propaganda war oder ob es eine Bedeutung hatte. Es gibt [...] diese Weisheit unter ihnen, um zu beurteilen, was nützlich ist, was echt ist und was nicht."

Mitglied des Prajateerpu Aufsichtsgremiums²³

23 Wakeford, T. and Pimbert, M. "Prajateerpu, Power and Knowledge: The Politics of Participatory Action Research in Development Part 2. Analysis, Reflections and Implications," *Action Research* 2(1), (2004), pp. 25-46. <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1354983970872552>.





WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Bücher

- [*Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation*](#) (2010) von Graham Smith
- [*Everyday Experts: How People's Knowledge Can Transform the Food System*](#) (2013) vom People's Knowledge Editorial Collective
- [*Rebooting Democracy: A Citizen's Guide to Reinventing Politics*](#) (2014) von Manuel Arriaga
- [*The End of Politicians: Time for a Real Democracy*](#) (2017) von Brett Hennig

Artikel

- [*A Citizens' Assembly on Climate Change: How Would it Work?*](#) (2019) von Sarah Allan
- [*Beyond the Ballot: How Citizens Can Lead the Climate Change Conversation*](#) (2019) von Peter Bryant und Dr. Rebecca Willis
- [*Citizens' Assemblies, Citizens' Juries and Climate Change*](#) (2019) von Peter Bryant
- [*What is Sortition?*](#) (ohne Datum) von der Sortition Foundation

Berichte

- [*Citizens' Assemblies: Guide to Democracy that Works*](#) (2018) von Marcin Gerwin
- [*Democracy Matters: Lessons from the 2015 Citizens' Assemblies on English Devolution*](#) (2016) von Matthew Flinders, Katie Ghose, Will Jennings, Edward Molloy, Brenton Prosser, Alan Renwick, Graham Smith, Paolo Spada
- [*Evidence vs Democracy: How 'Mini-publics' Can Traverse the Gap between Citizens, Experts, and Evidence*](#) (2019) von Jonathan Breckon, Anna Hopkins, Ben Rickey (Alliance for Useful Evidence)
- [*Four Brief Analyses of Citizens' Juries and Similar Participatory Processes*](#) (2008) von Tom Wakeford, Bano Murtuja and Peter Bryant
- [*The Reference Panel Playbook: Eight Moves for Designing a Deliberative Process*](#) (ohne Datum) von MASS LBP

DANK

Die Extinction Rebellion Arbeitsgruppe Bürger*innenversammlung dankt Peter Bryant, David Farrell, Marcin Gerwin, Graham Smith and Tom Wakeford.



BIBLIOGRAPHIE

Bell, C. et al. "G1000 Le Rapport Final — L'Innovation Democratique Mise en Pratique." Belgium: G1000, 2012, abgerufen am 28. Mai 2019. http://www.g1000.org/documents/G1000_EN_Website.pdf.

Chalmers, P. "When Citizens Assemble." Vimeo, abgerufen am 28 Mai 2019. <https://vimeo.com/246689508>.

Gazivoda, T. "Solutions: How the Poles Are Making Democracy Work Again in Gdansk." Resilience.org. 22 November 2017. <https://www.resilience.org/stories/2017-11-22/solutions-how-the-poles-are-making-democracy-work-again-in-gdansk/>.

Kuper, R. "Deliberating waste: The Hertfordshire Citizens' Jury," *Local Environment*, 2(2), (2007), pp. 139-153.

Lewis, P. "Making Every Vote Count — The Final Report of the British Columbia Citizens' Assembly on Electoral Reform," British Columbia, 2004. https://citizensassembly.arts.ubc.ca/resources/final_report.pdf.

"Share your story." Involve, abgerufen am 29 Mai 2019. <https://www.involve.org.uk/get-involved/share-your-story>.

Stefanini, S. "A democratic experiment in Ireland could become the model for fighting climate change." Quartz. 19 Februar 2019. <https://qz.com/1553567/a-democratic-experiment-in-ireland-could-become-the-model-for-fighting-climate-change/>.

Van Reybrouck, D. "Belgium's democratic experiment." Politico. 25 April 2019. <https://www.politico.eu/article/belgium-democratic-experiment-citizens-assembly/>.

Wakeford, T. and M. Pimbert, "Prajaateerpu, Power and Knowledge: The Politics of Participatory Action Research in Development Part 2. Analysis, Reflections and Implications." *Action Research*, 2(1), (2004), pp. 25-46. <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13549839708725520>.


Willis, R. *Building the political mandate for climate action*. London: Green Alliance, 2018. https://www.green-alliance.org.uk/resources/Building_a_political_mandate_for_climate_action.pdf.

"Citizens' Jury Two – Thoughts from the Jury on Day 4." YourSay Nuclear, abgerufen am 29 Mai 2019. <https://www.youtube.com/watch?v=KhBYVzD4-fl>.

"How can we find a sustainable solution to funding adult social care?" Involve, abgerufen am 29 Mai 2019. <https://www.involve.org.uk/our-work/our-projects/practice/how-can-we-find-sustainable-solution-funding-adult-social-care>.

"Innovation in Democracy Programme: Expression of Interest (EoI)." GOV.UK, abgerufen am 16. Juni 2019. <https://www.gov.uk/government/publications/innovation-in-democracy-programme-expression-of-interest-eoi>.

"Statement from Extinction Rebellion: Philip Hammond's letter to Theresa May." Extinction Rebellion, abgerufen am 7. Juni 2019. <https://rebellion.earth/2019/06/07/statement-from-extinction-rebellion-philip-hammonds-letter-to-theresa-may/>.





extinction
rebellion

Kontakt: bv@extinctionrebellion.de